

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 38 (1944)  
**Heft:** (2): Februar-Sendung

**Rubrik:** Schweizerisches

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 30.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Schweizerisches.

7. Februar 1944.

Die schweizerische Lage erinnert mich an einen See, der im Morgengrauen daliegt, farblos und reglos. Aber in dem Maße, als der Tag vorschreitet, kommt nach und nach Veränderung über ihn. Der Wind hebt an, seine Oberfläche zu bewegen; der Spiegel nimmt Licht und Farbe an, das Licht der, vielleicht nicht sichtbaren, Sonne, die Farbe des Himmels und der Umgebung. So fängt die Schweiz, aus der Erstarrung erwachend, an, auf die Weltbewegung anders denn als bloß „neutrale Beobachterin“ (was für ein Bild, wenn man denkt, *was „beobachtet“*, und das heißt, kühl und geruhig beobachtet wird!); sie gerät langsam in Bewegung, es spiegeln sich in ihrem Leben die Vorgänge in der Welt, von der sie umfangen ist, und in der Atmosphäre über ihr.

1. Es stimmt zu diesem Bilde, daß es das Problem *R ußland* ist, mit dem die Bewegung einsetzt, und zwar zunächst das der *diplomatischen Beziehungen* mit Rußland. Wir hatten uns in der Zeit der die Schweiz beherrschenden Mottapolitik erlaubt, Rußland als quantité négligeable zu behandeln. Wir haben auf Grund von Behauptungen, die zum größten Teil nie wirklich bewiesen werden konnten, die diplomatischen Beziehungen mit ihm abgebrochen; wir haben fast allein oder ganz allein (ich weiß es im Augenblick nicht ganz genau) gegen seinen Eintritt in den Völkerbund gestimmt, trotzdem für eine weiter blickende, im guten Sinne wirklich staatsmännische Politik nichts wichtiger war als eine Wiedereingliederung Rußlands in Europa, und sind später besonders eifrig für seine Auschließung aus dem Völkerbund gewesen, die wegen der finnischen Sache geschah, wobei man ganz im Lichte einer russlandfeindlichen Propaganda urteilte, ohne wirkliche Kenntnis der Dinge und trotzdem Rußland neben der Tschechoslowakei sich stets als das völkerbundtreueste der Mitglieder gezeigt hatte.

Bei dieser durch bürgerliche und konfessionelle Parteidurchsetzungspunkte wie auch durch persönliche Motive bestimmten Stellung gegen Rußland ist man geblieben, auch als man damit zuletzt fast allein stand. Man hat sich auf den Gegensatz unseres politischen Systems zu dem russischen und auf wirtschaftliche Verluste berufen, welche die Schweiz im bolschewistischen Rußland erlitten (nachdem man im zaristischen Rußland lange genug Reichtümer angehäuft hatte!), aber man hat nie daran gedacht, die diplomatischen Beziehungen mit Hitler-Deutschland oder gar Italien abzubrechen, trotzdem deren Regime auch nicht gerade vollkommen den schweizerischen Prinzipien entsprach und in Deutschland sehr viel mehr schweizerisches Geld verloren gegangen war als in Rußland. Zu dieser Logik gehörte es, daß bei diesem Verhalten gegen Rußland Hunderte von Millionen verloren gingen, die bei normalen Beziehungen mit Rußland zu gewinnen gewesen wären.

Man ist aber dabei nicht stehengeblieben, sondern hat sich, aus Motiven innerpolitischer Taktik die Linie dieser Mottapolitik weiterverfolgend, in einer ebenso törichten und lächerlichen, als den Prinzipien unserer Demokratie widersprechenden *Kommunistenverfolgung* ergangen, die bis auf diesen Tag andauert, obwohl Rußland inzwischen zu jener Europa überschattenden Macht geworden ist, wie Marshall Smuts sie darstellt.

Und nun sind wir durch diese kurzfristige, auch von einem Gerne-groß-Wahn geleiteten Politik in eine Sackgasse geraten, aus der wir ohne schwere Demütigung nicht herauskommen und aus der wir vielleicht nur deswegen noch ein wenig glimpflich herauskommen, wenn — o blutige Ironie! — Rußland auf unsre Kommunisten Rücksicht nimmt! A propos: Wird man diese dann noch weiter verbieten und verfolgen können?

Diese ganze Erfahrung ist ein Musterbeispiel dafür, wohin man mit Kurzfristigkeit und Kleinlichkeit, gepaart mit Hochmut und Selbstgerechtigkeit, gerät. Wird man daraus lernen?

Unter dem Eindruck dieser Erfahrung hat man sich dazu bequemen müssen, an der Unfehlbarkeit des „großen Staatsmannes“ Motta einen Abzug zu machen. Aber an dem „großen Staatsmann“ hält man krampfhaft fest, nicht zuletzt aus Gründen des konfessionellen Prestige. Dabei spielt *ein* Argument eine Hauptrolle: Motta habe uns durch seine Politik, das heißt durch seine Wiederherstellung unsrer vollkommenen Neutralität, und dazu durch seine Freundschaft mit Mussolini, vor dem Hineingerissenwerden in den Weltkrieg gerettet. Diese Lösung wird von allerlei Leuten ausgegeben und von vielen kritiklos hingenommen. Es ist aber für die Liquidation einer gewissen schweizerischen Politik wichtig, eine Kritik vorzunehmen.

Was die Freundschaft mit Mussolini betrifft, um damit zu beginnen, so könnte man zunächst wohl die Frage aufwerfen, ob die Rettung der Schweiz durch diese Freundschaft eine Sache wäre, deren wir uns als Schweizer gerade sehr freuen und rühmen dürften. Aber abgesehen davon: Wie steht es wohl mit dieser Freundschaft und Rettung? Sind wir wirklich solche Kinder, um anzunehmen, Mussolini habe uns vor Hitler gerettet um der schönen Augen Mottas willen oder weil er ihm als Pate ein Enkelkind aus der Taufe gehoben, und nicht deswegen, weil er Hitler lieber nicht im Besitz der schweizerischen Alpenpässe sehen wollte? Was aber die Zurückgewinnung der „absoluten“ Neutralität betrifft, die uns vor dem Kriege gerettet haben sollte, so handelt es sich dabei um eine Gedankenlosigkeit ersten Ranges. Eine solche Behauptung hätte wenigstens einen Schein von Recht nur dann, wenn der jetzige Krieg ein Völkerbundskrieg, das heißt ein vom Völkerbund gegen einen Angreifer geführter Krieg, und die Schweiz genötigt gewesen wäre, daran teilzunehmen (wenigstens wirtschaftlich, denn militärisch war sie ja nie verpflichtet), wovor sie durch die Wiederherstel-

lung ihrer „absoluten“ Neutralität bewahrt worden sei. Nun weiß aber jedes Kind, daß der heutige Krieg kein Völkerbundskrieg ist und jene Wiedergewinnung der „absoluten“ Neutralität damit bei Haut und Haaren nichts zu tun hat. Daß man dennoch immer wieder mit der rettenden Rolle dieser Motta-Neutralität kommt, ist darum bloß ein Beweis dafür, was alles man unter den heutigen Umständen unserem Volk an Unwahrheit vorzusetzen sich erlauben darf. Wenn ein Mann wie Nationalrat Oeri, dessen politisches Urteil heute so viel gilt und dem man zwar wohl politischen Weitblick, aber nicht Gescheitheit und Kenntnis der Dinge absprechen darf, sogar im Organ der Schweizerischen Völkerbundsvereinigung solche Dinge sagt, so muß er dafür Motive haben, die nicht aus der Sphäre des Denkens, sondern aus der des Willens stammen.

Es ist aber um der Zukunft der Schweiz willen nötig, daß man den Sachverhalt, um den es sich handelt, bis auf den Grund beleuchtet. Dann gelangt man zu einer Umkehrung der Fragestellung. Ich frage: *Was ist denn Schuld am Weltkrieg selbst gewesen und an alledem, was er an Gefahr und Fluch auch für die Schweiz bedeutet?* Doch die Zerstörung des Völkerbundes. Wäre diese nicht geschehen, dann brauchte uns niemand vor dem Hineingerissenwerden in den Krieg zu retten; denn dann hätten wir den Krieg nicht. Und nun ist festzustellen, daß an der Zerstörung des Völkerbundes unter Mottas Führung die Schweiz eine Schuld auf sich geladen hat, die viel größer ist, als die meisten ahnen. Erinnern wir uns bloß an einige fundamentale Tatsachen. Das Los des Völkerbundes hat sich an der abessinischen Sache entschieden. Wäre damals der Völkerbund fest geblieben und hätte seine Pflicht erfüllt, so hätte nach menschlichem Ermessen die Entwicklung einen völlig anderen Verlauf genommen. Wer aber hat in höchster Eile, fast vor allen andern, Mussolini die De-jure-Anerkennung der Vergewaltigung Abessiniens ausgesprochen und die Sanktionen nach Möglichkeit sabotiert? Damals ist der Völkerbund zu Fall gebracht worden. — Es folgte dann die Vorübung zum neuen Weltkrieg durch die Achsenmächte in Spanien. Wer hat wieder in höchster Eile, wieder vor den meisten andern, Franco die De-jure-Anerkennung ausgesprochen? — Dann kam München, die letzte Etappe vor dem Ausbruch der Katastrophe, mit dem Nachgeben gegen Hitler und dem Verrat an der Tschechoslowakei die stärkste moralische und militärische Ermöglichung der Pläne Hitlers! Wer hat dazu Hitler gratuliert und Mussolini im Zusammenhang damit als hochgenialen Staatsmann gefeiert? — Und endlich: Ist es nicht gerade die durch Motta und das Beispiel der Schweiz mächtig geförderte Flucht in die egoistisch verstandene Neutralität gewesen, welche den Völkerbund zerstört hat und namentlich auch das Verhängnis einer Reihe von Kleinstaaten geworden ist?

*Das ist der ganz offenkundige Sachverhalt, das die Rettung der Schweiz durch Motta und seine Neutralität. Das muß aufgedeckt wer-*

den, nicht etwa aus konfessionellen oder gar persönlichen Motiven, die dem Schreibenden ferne liegen, sondern gerade um der Rettung der Schweiz willen. Von der Linie *dieser* Politik muß sie sich gründlich abkehren, wenn sie eine Zukunft haben will.

Denn nun steht sie ja vor der Frage von Sein und Nichtsein: Ob sie sich der Bewegung auf den neuen Völkerbund, die übernationale Ordnung des Rechtes und Friedens anschließen will oder nicht.<sup>1)</sup> Wir stehen vor der Tatsache, daß die *offizielle* Schweiz bis jetzt nicht die geringste Lust gezeigt hat, dieses Lebensproblem der Schweiz auch nur ins Auge zu fassen, sondern ihm, wie es scheint, um jeden Preis ausweichen und dem Schweizer Volk die Meinung beibringen will, daß wir es auch künftig mit Neutralität und Armee machen können und sollen. Statt die Schaffung des Völkerfriedens auf Grund des Völkerrechtes als weitaus wichtigste Hoffnung und Aufgabe auch für die Schweiz mit aller Kraft der Seele und Anspannung des Willens ins Auge zu fassen, stellt man uns nicht nur die Erhaltung, sondern sogar die Vermehrung der militärischen Rüstung auch nach dem Friedensschluß in Aussicht und bekennt sich damit zum Glauben an die Herrschaft der Gewalt auch für die Zukunft. Diesen Geist atmen auch die relativ gemäßigten Aeußerungen, womit Bundesrat *Kobelt* seine Rede schließt, in welcher er die kommenden Wintermanöver begründet hat:

„Am Ende des Krieges ist noch keineswegs Friede. Man mag sich das Kriegsende ausmalen wie man will, es wird ihm unter keinen Umständen sofort eine Welt der Ordnung folgen. Wir sind jedenfalls gut beraten, wenn wir uns heute schon gedanklich damit vertraut machen, daß wir unsere Grenzen über das Kriegsende hinaus werden schützen müssen, um vor Ueberraschungen gesichert zu sein.“

Auch auf militärischem Gebiete sind Nachkriegsprobleme zu lösen. Einzelne derartige Probleme sind bereits gelöst, zum Beispiel durch Aufstellung des Festungswachtkorps und des Ueberwachungsgeschwaders, andere befinden sich in Vorbereitung, wie die Bearbeitung der Heeresreform und der friedensmäßigen Unterbringung und Wartung des gesamten Kriegsmaterials usf.

Darüber kann wohl kein Zweifel mehr aufkommen, daß die Schweiz, wenn sie frei und unabhängig bleiben will, ihre *Landesverteidigung auch nach diesem Kriege nicht vernachlässigen darf*. Diese Lehre dürften wir aus der Geschichte der letzten Nachkriegszeit gezogen haben. Wie laut tönte doch der Ruf „Nie wieder Krieg!“ — und wie bald darauf wirbelten die Trommeln der Welt die Völker wieder auf zu neuem Streit und noch furchtbareren kriegerischen Auseinandersetzungen. Die Menschen sind durch diesen Krieg nicht besser geworden. Solange Haß, Zwietracht und Streit unter Menschen und Völkern möglich sind, ist damit zu rechnen, daß sie auch später wieder zu den Waffen greifen werden, um ihren Willen durchzusetzen. Der Weltfriede läßt sich durch keine Macht der Welt befehlen. Er muß aus einer besseren Gesinnung der Menschen und der Völker herauswachsen. Das kann unmöglich von heute auf morgen geschehen.

Der Premierminister der südafrikanischen Union erklärte in seiner Dezember-

<sup>1)</sup> Ich verweise auf die wichtige Flugschrift des R. U. P.: „*Die Schweiz vor der Lebensfrage*, ein Ruf zum Erwachen“, die im letzten Hefte empfohlen worden ist. Sie spricht völlig auch meine Ueberzeugung aus.

rede: „Freiheit ohne die Mittel zu ihrer Verteidigung sei eine Illusion, der sich die Welt nicht abermals hingeben dürfe.“ In seiner Weihnachts-Radioansprache führte der Präsident der Vereinigten Staaten aus: „Es ist sicherlich Vernunftpolitik, daß das Recht jeder Nation auf Freiheit an der Bereitschaft dieser Nation, für die Freiheit zu kämpfen, bemessen werden muß.“

Um der Parität willen zitiere ich noch einen berühmten deutschen Sprecher, zwar keinen Staatsmann, aber doch einen scharfen Denker, nämlich keinen Geringeren als *Wilhelm Busch*. Seine Worte sind wie für unser Land geprägt, sie lauten:

„Ganz unverhofft, an einem Hügel  
Sind sich begegnet Fuchs und Igel. —  
Halt, rief der Fuchs, du Bösewicht!  
Kennst du des Königs Order nicht?  
Ist nicht der Friede längst verkündigt?  
Und weißt du nicht, daß jeder sündigt  
Der immer noch gerüstet geht?  
Im Namen seiner Majestät  
Geh hin und übergib dein Fell.  
Der Igel sprach: Nur nicht so schnell,  
Laß dir erst deine Zähne brechen,  
Dann wollen wir uns weiter sprechen.  
Und allfogleich macht er sich rund,  
Schließt seinen dichten Stachelbund  
Und trotzt getrost der ganzen Welt:  
*Bewaffnet, doch als Friedensheld.*“

Es ist interessant, die Logik dieser Aeußerung zu untersuchen. Der Friede soll nur durch eine neue Gesinnung herbeigeführt werden können. Diese neue Gesinnung müßte, sollte man meinen, *gepflegt* und *dokumentiert* werden, und dies namentlich durch das Bekenntnis zum *Glauben* an Recht und Frieden. Statt dessen empfiehlt der Kriegsminister eine vermehrte Rüstung, das Bekenntnis zum Glauben an die *Ge-walt*, und zitiert statt Gottfried Kellers und Konrad Ferdinand Meyers Friedenslieder Wilhelm Busch, den Adlatus *Bismarcks*. Sollte man vielleicht in diesen Kreisen eine ernsthafte Bewegung auf den Frieden hin aus allerlei Gründen gar nicht einmal wünschen, sie sogar fürchten?

Was aber die Weisheit von Wilhelm Busch betrifft, die auf das „*Si vis pacem, para bellum*: Willst du den Frieden, so rüste zum Kriege“ hinausläuft, so ist sie wiederholt erprobt worden und das Ergebnis liegt so klar zutage, daß auch ein schweizerischer Bundesrat es kennen und anerkennen sollte — trotz Wilhelm Busch. (Läge übrigens nicht dem ehemaligen Präsidenten des Kirchenrates des Kantons St. Gallen die Bibel näher als Busch? Zum Beispiel Jesaja 2, 9 und 11?)

Ich will jetzt diesem hochaktuellen Problem nicht weiter nachgehen, sondern bloß das Eine mit äußerstem Nachdruck feststellen: Wir sind gerade auch mit unserer Neutralität nicht nur in bezug auf Rußland in eine verzweifelte Sackgasse geraten. Sie allein hilft uns so wenig als die Armee allein uns hilft. *Die ganze Lage und Politik der Schweiz muß neu geprüft werden*. Und nun soll in dieser allerschwersten Lage —

deren Probleme der Schreibende gewiß nicht leicht nimmt — in der Leitung gerade dieses Teiles der schweizerischen Politik ein Mann stehen, der nicht nur in kritischer Stunde eine vollkommene Haltlosigkeit bewiesen hat und bereit war, mit der schweizerischen Fahne in das Lager eines für die Schweiz tödlichen politischen Denkens überzugehen, sondern auch sonst einen absoluten Mangel an Blick für die Sachlage gezeigt hat. Wir haben Anlaß zur schwersten Sorge. *Jetzt müßte alles, was die Schweiz noch an Charakter und politischer Einsicht besitzt, aufgeboten werden, um der Stunde der Gefahr und Verheißung (denn auch solche ist dabei!) gerecht zu werden und den rettenden Boden zu finden.*

Aus folcher schweren Sorge heraus ist diese Erörterung geschrieben.

2. Wenn sich in diesem ganzen Problem der Schweiz die weltpolitische Entwicklung spiegelt, so auch in einem andern, das auch wichtig genug ist: in unferer *sozialen Lage*.

Auch hier glaubte man lange mit der Lösung auszukommen: „Es ist bei uns alles nicht so wie anderwärts. Bei uns sind wohl da und dort einige Nachbesserungen, aber keine grundlegenden (oder grundstürzenden) sozialen Änderungen nötig. Einen Beveridgeplan brauchen wir nicht und die Altersversicherung müssen wir aus Mangel an Mitteln (und dabei sind wir das relativ reichste Volk der Erde!) schon noch weiter warten lassen.“ Aber das hat sich nun etwas geändert. Die soziale Unruhe ergreift sogar die stagnierenden offiziellen Gewässer. Bundespräsident Stampfli anerkennt in seiner Rede an die Zürcher Studenten (die nicht gerade an Pestalozzis Lenzburger Rede erinnert!) die Pflicht einer gewissen Beschleunigung der Altersversicherung und die Notwendigkeit, dem Volke Essen und Arbeit zu verschaffen, damit es nicht zu gefährlichen „politischen Spannungen und Entladungen“ komme. Nur darum? Wie es freilich mit dieser Beschleunigung steht, zeigt die meines Wissens aus den offiziellen Kreisen stammende Mitteilung, man werde acht Jahre (sage acht Jahre!) brauchen, bis die Vorbereitungen für ein entsprechendes Gesetz beendet seien, worauf dann erst noch, nach der Abstimmung, eine Zeit verginge, bis die Auszahlung der Renten erfolgen könnte.<sup>1)</sup>

Die Geduld für ein solches Warten bringt hoffentlich unser Volk nicht auf. Es ist ja nun die soziale Bewegung wieder in Fluß gekommen und sie kann unter der Einwirkung der Weltbewegung rasch sehr akut werden. Wir werden wohl immer tiefer in einer Periode schweren und vielleicht leidenschaftlichen, unter Umständen auch revolutionären Ringens mit dem sozialen Problem hineingehen.

Die Angst davor ist es, die wesentlich jene durch das Stichwort vom „Arbeitsfrieden“ charakterisierte Bewegung erzeugt. Sie will durch

<sup>1)</sup> Nach den neuesten Berichten will sich nun der Bundesrat an die Sache machen und zunächst einmal einen Expertenbericht bestellen. Hoffentlich ist es ein wirklicher und ehrlicher Ernst.

„Berufsgemeinschaften“ und „Werkgemeinschaft“ eine bessere Verbindung zwischen Unternehmern und Arbeitern herstellen und damit alle revolutionären Regungen verhindern. In den Dienst dieser Bewegung hat sich kürzlich die „*Neue Helvetische Gesellschaft*“ gestellt, welche auf einer Tagung in Zürich dieses Thema verhandelte. (An dieser „Neuen Helvetischen Gesellschaft“ hält auch kein Pestalozzi mehr eine Lenzburger Rede!) Es steht dahinter im besten Falle ein *Patriarchalismus*, für den heute alle Vorbedingungen fehlen, zum Teil aber einfach eine verkappte *Reaktion*. Durch solche Mittelchen wird der soziale Friede nicht geschafft. Er wird nur möglich durch die grundfätzliche und radikale Ueberwindung des Kapitalismus, welche die Arbeit und damit den Menschen an die Stelle des Profites, die Seele an die Stelle der Maschine und Gott an die Stelle des Mammons setzt. Wer den sozialen Frieden auf andere Weise haben will, vielleicht gar auf heuchlerische Weise, von dem gilt das Wort: „Wehe denen, die ‚Friede‘ rufen, wo doch kein Friede ist.“<sup>1)</sup>

Daß dieser soziale Friede seinen tiefsten Grund in der *Gerechtigkeit des Reichen Gottes* suchen muß, welche die Bibel verkündet (und welche etwas anderes ist, als die „Gerechtigkeit“ gewisser Theologieprofessoren) versteht sich für uns von selbst. Dafür erwacht wohl ein neues Verständnis auch im Schoße der protestantischen Geistlichkeit. Ihre „*Soziale Studienkommission*“ hat sich an das Studium der Stellung der Bibel und gewisser Erscheinungen der christlichen Geschichte zum sozialen Problem gemacht und auch einen entsprechenden Aufruf erlassen, den wir anderwärts bringen.

3. Aber jede Erneuerung der Schweiz auf dieser doppelten Linie hat — ceterum censeo — eine Voraussetzung: *die Befreiung der Wahrheit durch die Befreiung des Wortes*.

Auch in dieser Beziehung ist ein gewisses Erwachen festzustellen. So hat im Zürcher Kantonsrat *Gottlieb Duttweiler* eine Motion eingebbracht, daß die Zürcher Regierung beim Bundesrat die unverzügliche Wiederherstellung der demokratischen Freiheitsrechte, namentlich im Sinne der Einschränkung des Vollmachtenregimes und der Abschaffung der Zensur (außer in bezug auf das militärische Geheimnis) verlange. Er hat diese Motion in einer reich dokumentierten Rede begründet. Und er wäre damit durchgedrungen, wenn — die Sozialdemokraten dafür gestimmt hätten. Aber diese taten es nicht, sondern enthielten sich der Stimme. Aus was für Gründen? Angeblich weil Duttweiler sich geweigert habe, nachträglich einen Passus in seine Motion aufzuneh-

<sup>1)</sup> Auf den *rechten* Weg zum sozialen Frieden weist neuerdings mit großer Wärme, Energie und Klarheit der Aufruf der „*Neuen Demokratie*“: „Ein schweizerisches Mindestprogramm“, hin. Er ist um den Preis von 10 Rp. das Stück bei der Genossenschaftsdruckerei Arbon und auch in der „Pazifistischen Bücherstube“ (Zürich, Gartenhofstraße 7) zu beziehen.

men, wonach sie auf die Frontisten keine Anwendung finden solle. Woher mag wohl diese nachträgliche Forderung gekommen sein? Und nun muß man sich klar machen, was für einen Eindruck die Motion mit diesem Zufatz gemacht hätte! Die Frontisten sind sicher zu bekämpfen, aber das kann und soll auf andere Weise geschehen. In Wahrheit war es wohl auch nicht das, was die Sozialdemokraten abhielt, für den Duttweiler'schen Antrag zu stimmen, wie es ja ganz selbstverständlich hätte geschehen müssen, wenn nicht all ihr Reden gegen die Diktatur und Zensur eine leere Phrase seien soll. Man wollte vielmehr einfach nicht Duttweiler diese Ehre gönnen. Und hat damit sich selbst Unehre bereitet, auch wenn nicht noch schlimmere Erklärungen zutreffen. Wieder hat sich jedenfalls gezeigt, daß mit dieser Haltung die Sozialdemokratie den Vorwurf der Kommunisten verdient, über den wir uns einst empört haben: daß sie immer mehr die wirkfamste Stütze der Reaktion werde.<sup>1)</sup>

Welch eine Wirkung hätte die Annahme der Motion Duttweilers gehabt, die nun durch die Sozialdemokratie verhindert worden ist!

Dennoch — daß sie gestellt worden ist, bedeutet ein Symptom des Erwachens und ganz sicher wird diese Bewegung weiter gehen, die verschlossenen Tore sprengen, hinter denen die Wahrheit gefangen gehalten wird und damit den Weg zu der wirklichen neuen Schweiz freimachen. Helft dazu alle mit, die ihr die Schweiz retten und ehren wollt!<sup>2)</sup>

Leonhard Ragaz.

### Soziale Studienkommision des Schweizerischen Reformierten Pfarrvereins.

#### Aufruf!

Die Not unserer ganzen Christenheit und die Last der Verantwortung, die wir immer drückender spüren, drängt uns, öffentlich und verantwortlich das auszusprechen, was in ungezählten Christenherzen und in geschlossenen Kreisen schon längst empfunden worden ist, aber nur geflüstert wird. Jetzt aber muß von den Dächern gepredigt werden.

<sup>1)</sup> Doch haben nicht nur die Mehrheit der Anhänger (dessen bin ich sicher), sondern auch einzelne Organe der Sozialdemokratie, wie zum Beispiel das „Volk“ in Olten, diese Haltung scharf verurteilt.

<sup>2)</sup> Es ist bedeutsam und für die Schweiz beschämend, daß in *Schweden*, das sich nicht in leichterer Lage befindet als die Schweiz, gerade auch von bürgerlicher Seite dringend die Aufhebung jeder polizeilichen Beschränkung des freien Wortes verlangt wird, trotzdem diese Beschränkung nie so weit ging wie in der „freien Schweiz“.